

Es hat BUM gemacht

Hamburger Senat kürzt Wissenschaft weg

Rückblick

Am 3. November 2010 beschließt der CDU-GAL Senat Kürzungen im Hochschul- und Forschungsbereich im Umfang von ca. 10 Millionen Euro (siehe hlz 12/2010). Kurz darauf zerbricht die Koalition und es kommt zu Neuwahlen.

Am 20. Februar 2011 erreicht die SPD bei den Bürgerschaftswahlen die absolute Mehrheit und präsentiert ein Regierungsprogramm, in dem es unter der Überschrift, Neuanfang in der Wissenschaftspolitik, unter anderem heißt:

Sozialdemokraten kennen die Bedeutung und den Wert von Hochschulausbildung und Forschung.“

der Wissenschaften für die Sicherung unseres Wohlstandes und die Bewältigung der wichtigen Zukunftsaufgaben bewusst.“

Forschung stärken, um Hamburg zukunftsfähig zu machen.

lenwert beimessen, den sie verdient.“

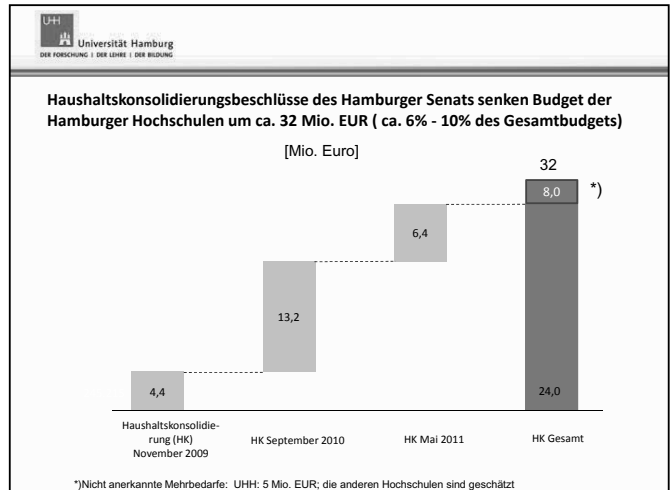
sein.“

Am 3. Mai 2011 beschließt der neue SPD Senat einen Haushaltsentwurf für den Doppelhaushalt 2011/2012, welcher über die Kürzungsbeschlüsse des Vorgängersensats hinaus noch weitere Kürzungen vorsieht. Am 11. Mai 2011 werden diese Pläne auf einer Pressekonferenz der Landeshochschulkonferenz (LHK) öffentlich.

Die Folgen der Kürzungen: katastrophal oder ‚nur‘ schmerzhaft?

In einer Stellungnahme der Universität vom 11. Mai und in einem Brief des Präsidenten an die Hochschulmitglieder vom 23. Mai werden die Konsequenzen der geplanten Kürzungen

liches Personal und Personal im Bereich Technik, Verwaltung, Bibliotheken auswirken. Nach Berechnungen des Präsidiums sind die Einsparungen insgesamt so gravierend, dass strukturelle Anpassungen, d.h. Stellenkürzungen die Folge wären: Zu Streichen wären 13 Prozent der insgesamt 3138 Stellen *oder* 26 Prozent der insgesamt 1555 Stellen für das wissenschaftliche Personal *oder* 47 Prozent der insgesamt 860 Stellen im Bereich der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das



dargestellt. Nach Berechnungen des Präsidiums verliere die Universität zusätzlich zu den aufrechterhaltenen Kürzungen der Vorgängerregierung weitere 5 bis 7 Prozent ihres Jahresetats. Der Budgetausfall gegenüber dem letzten Haushalt belaufe sich damit auf bis zu 10 Prozent des Jahresetats, was mehr als 20 Mio. Euro entspreche. Da über 80 Prozent des Universitätshaushalts – so rechnet das Präsidium vor – für Personalausgaben, Mieten usw. festgelegt sind, würden sich solche Kürzungen direkt auf die Beschäftigungsmöglichkeiten für befristetes wissenschaft-

könne einem Stellenvolumen von 400 Stellen entsprechen. „Diese Einsparungen wären nur durch Schließung von Studiengängen und wissenschaftlichen Disziplinen einzubringen.“

Schließung von Studiengängen oder ‚moderater‘ Stellenabbau?

Nach Bekanntwerden der Pläne äußerte sich Senatorin Stapelfeldt in einer Pressemitteilung unter dem Titel *Hamburg bleibt eine leistungsfähige Wissenschaftsstadt* lapidar: „Aufgrund der Haushaltslage, so wie sie der neue Senat vorgefunden

hat“, gebe es „kaum Spielraum, Einsparmaßnahmen des Vorgängersensatz zurückzunehmen. Im Gegenteil, die Situation ist schlimmer als angenommen. Auch die Wissenschaftsbehörde muss daher – wie alle Behörden – ihren Beitrag im Rahmen einer globalen Minderausgabe leisten.“

Wenige Wochen später reagiert die Behörde erneut, ohne jedoch eigene Zahlen zu präsentieren. In einer Pressemitteilung vom 26. Mai stellt die Senatorin fest, dass die genannte Zahl von 400 abzubauenen Stellen „falsch und in jedem Fall weit überzogen“ sei. Den Leerraum zwischen keinen Streichungen und 399 Stellen vermochte sie jedoch nicht mit Daten zu füllen. So bleibt auch ihre Behauptung, es gebe „keine Notwendigkeit zur Schließung von Studiengängen und wissenschaftlichen Disziplinen“, eher politisch-rhetorisch als durch Berechnungen fundiert. „Wenn überhaupt“, werde „die Universität in einem moderaten Rahmen Personal abbauen müssen.“ Dieter Lenzen, Präsident der Universität äußerte sich erbot: „Das Präsidium wird sich einer aktiven Umsetzung der Kürzungen widersetzen und diese nicht freiwillig durchführen, sondern die mit Kürzungen verbundenen Schließungsentscheidungen für Fächer und Einrichtungen der Universität dem politischen Senat überlassen. Das Präsidium tritt für eine Autonomie der Gestaltung ein, nicht für eine Autonomie der Zerstörung.“

**„Ausbau statt Abbau!“
 – Studierende, wissenschaftliches und Verwaltungspersonal, ProfessorInnen und Hochschulleitungen gemeinsam gegen die Kürzungspläne**

In einer Resolution des Aka-

Mehr oder Weniger?

Neuanfang in der Wissenschafts- und Hochschulpolitik? Die Anforderungen aus den Hochschulen – mit Senatorin Dorothee Stapelfeldt – Donnerstag, 30.6, 18-20 Uhr, Curiohaus, Raum A

Nicht nur die angekündigten Kürzungen werden die Hamburgische Wissenschafts- und Hochschulpolitik in den nächsten Jahren bestimmen, ebenso steht die Novellierung des verfassungswidrigen Hamburgischen Hochschulgesetzes, die Änderung der Kapazitätsverordnung (KapVO) sowie die Einführung einer leistungsorientierten Besoldung (LOB) auf der politischen Agenda.

Einleitend wird Frau Stapelfeldt ihre Pläne zur Hochschul- und Forschungspolitik vorstellen, folgend werden VertreterInnen der Statusgruppen (Studierende, Mittelbau und ProfessorInnen) sowie des Personalrats des wissenschaftlichen Personals an der Uni Hamburg die Probleme aus ihrer Perspektive schildern. Im Anschluss besteht die Möglichkeit zur offenen Diskussion.

Es diskutieren...

Dorothee Stapelfeldt, Zweite Bürgermeisterin und Senatorin der Behörde für Wissenschaft und Forschung.

Iris Kaufmann, Mitglied im Personalrat des wissenschaftlichen Personals (WIPR) an der Universität Hamburg.

Florian Muhl, Mitglied im Fachschaftsrat Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg.

Sabine Großkopf, Vertreterin des akademischen Personals im akademischen Senat (AS) der Universität Hamburg.

Prof. Dr. n.n.

Service, Kontakt und Information: www.gew-hamburg.de // www.gew.de/wissenschaft // huf@gew-hamburg.de

Herzlich eingeladen bist Du zu unseren Treffen regelmäßig jeden 1. Mittwoch im Monat um 18 Uhr im Curiohaus (Rothenbaumchaussee 15).

demischen Senates der Universität Hamburg vom 12. Mai wird der politische Senat aufgefordert, „die Kürzungspläne unverzüglich zurück zu nehmen und der Bürgerschaft einen Haushaltsentwurf vorzulegen, der nicht einen Ab-, sondern einen Aufbau der Wissenschaft in Hamburg vorsieht.“ Auf der Teilpersonalversammlung aller Hamburger Hochschulen am 13. Mai wird in einer Resolution an die Abgeordneten der Bürger-

schaft appelliert, „im Interesse der Zukunftsfähigkeit der Stadt, den Raubbau an der Forschung, der Lehre und der Bildung zu beenden. Anstelle von Sparrunden ist eine vernünftige Entwicklung des Wissenschaftshaushaltes einzuleiten.“ Eine studentische Vollversammlung schließt sich am 26. Mai dem Beschluss des Studierendenparlaments vom 19. Mai an:

„Die öffentlichen Hamburger Hochschulen sind von zentraler

Bedeutung für die allgemeine Bildung, für die kritische und problemlösungsorientierte Reflexion gesellschaftlicher Probleme und Herausforderungen, für wissenschaftliche Erkenntnisse zur Verbesserung der Lebensbedingungen aller, für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung und für den öffentlichen kulturellen Reichtum der Stadt. Der Etat der staatlichen Wissenschaftsinstitutionen darf daher nicht gekürzt werden, sondern muss umgehend erheblich ausgebaut werden. Die Hochschulen sind seit den 70er Jahren strukturell unterfinanziert und mussten sich seitdem immer wieder neuer Kürzungen erwehren, während ihre gesellschaftliche Bedeutung und damit ihre Aufgaben stetig gestiegen sind. Dem entgegen müssen die Hochschulen endlich ihrer Bedeutung und Funktion angemessen staatlich finanziert werden.“

In einem Offenen Brief der Universität vom 23. Mai fordern schließlich die Mitglieder des akademischen Senats, des Hochschulrats sowie die Dekanate al-

ler Fakultäten den Bürgermeister Olaf Scholz auf, die Kürzungsabsichten nicht umzusetzen und stattdessen eine „neue, endlich zukunftsfähige Finanzierung“ der Hamburger Hochschulen zu realisieren.

Der „Kampf um die Zukunft“

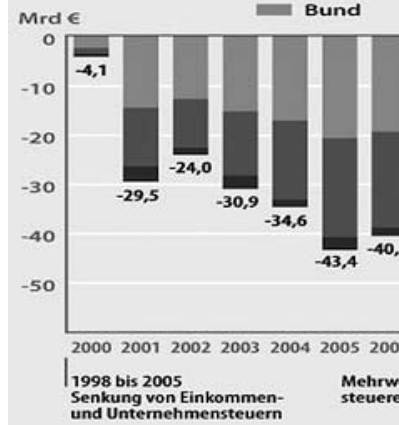
In einem weiteren Brief des Präsidenten Lenzen vom 23. Mai an die Mitglieder der Universität Hamburg wartet dieser mit einer ungewöhnlichen Maßnahme auf: der Einrichtung eines „Büros für ungewöhnliche Maßnahmen“, bum@uni-hamburg.de. Zugleich beginnt die Universität eine Kampagne „Kampf um die Zukunft“. Ziel dieser Kampagne ist, Behörde, Senat und Bürgerschaft von den Kürzungsabsichten abzubringen. Statusgruppenüber-

und gegenseitige Unterstützung statt, so übernimmt das Präsidium der Universität die studentische Forderung, bis Ende Juni keine Klausuren und Prüfungen

Redaktionsschluss der *hlz* haben bereits eine Vielzahl von Aktivi-

Einnahmeausfälle durch S

Einnahmeausfälle seit 2000 für Bund
die Steuerrechtsänderungen seit 19



Quelle: Berechnungen Eicker-Wolf/Truger

Wo seid ihr geblieben – Millionen?

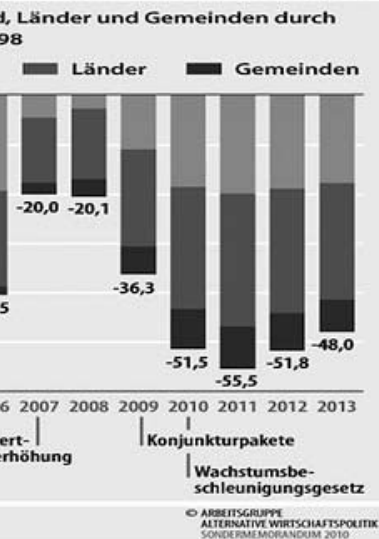
täten stattgefunden, so u.a. eine Demonstration am 25. Mai. Für den 7. Juni waren Sternmärsche aller Hamburger Hochschulen geplant, um die Öffentlichkeit gegen die Kürzungspläne zu mobilisieren.



Uni in der Stadt: Öffentliche Vorlesung unterm Zelt am Jungfernstieg.

Foto: Stefan Gierlich

Steuerrechtsänderungen



Quo vadis, Wissenschaft?

Während der Drucklegung dieses Artikels fand am 22. Juni die Bürgerschaftssitzung statt, die über die Kürzungen zu beraten hatte. Unabhängig vom Ausgang und von der Höhe der beschlossenen Kürzungen ist festzustellen, dass für eine nachfrage- und

bedarfsdeckende Finanzierung der Hochschulen eine einfache Umschichtung im Haushalt der Stadt Hamburg nicht ausreicht, sondern stattdessen die Einnahmeseite der Stadt verbessert werden muss, um insgesamt mehr Geld für die öffentlichen Einrichtungen der Stadt zur Verfügung zu haben.

Pay as you go – Steuerpolitische Alternativen

Die öffentlichen Haushalte zielt. Gemessen an den Ausgabenerfordernissen und den jenseits von konjunkturellen

nanziellen Mitteln besteht eine beträchtliche strukturelle Einnahmelücke. Diese Einnahmelücke hat steuerpolitische Ursachen: Im Jahr 2010 würden der öffentlichen Hand zusätzliche Einnahmen in Höhe von gut 50 Milliarden Euro zur Verfügung stehen, wenn seit 1998 keine Steuerrechtsänderungen erfolgt wären. Die Steuersenkungen der jüngeren Vergangenheit sind dabei reichen Haushalten und dem Unternehmenssektor zu Gute ge-

kommen – zu denken ist etwa an die massive Senkung der Unternehmenssteuern und die Absenkung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer.

Der politisch verursachten Haushalte gilt es entgegenzuwirken: Eine dauerhafte Erhöhung der Ausgaben im Bereich Erziehung und Bildung muss durch höhere Steuereinnahmen, die reiche Haushalte und Unternehmen – nicht zuletzt auch, um die immer ungleicher ausfallende Verteilung von Einkommen und Vermögen zumindest im Ansatz zu korrigieren.

Ein wirklicher Richtungswechsel in der Wissenschaftspolitik besteht nicht darin, den nanzierten öffentlichen Haushalten so zu konsolidieren, dass die politischen Entscheidungsträger ihrer Verantwortung für Bildung und Wissenschaft nachkommen können.

FREDRIK DEHNERDT,
Fachgruppe Hochschule
und Forschung



Übung zum Studium an der Spar-Uni.

Sparpläne ausbremsen

In ihrer Rede an die Demonstranten der Hamburger Hochschulen am 7. Juni warnt die stellvertretende GEW-Vorsitzende Sigrid Strauss vor der bildungspolitischen Sackgasse der SPD-Sparpläne.

Für die GEW möchte ich Euch unsere Solidarität und Unterstützung beim Ausbremsen der Sparpläne des Hamburger Senats zusagen. Die GEW spricht sich vehement gegen die angekündigten Ideen aus, das Budget der Hochschulen abzusenken.

Was will der relativ frisch angetretene Senat uns mit diesem Aderlass des Wissenschafts- und Forschungsressort eigentlich sagen?

Noch jüngst hieß es doch im vorgestellten Regierungsprogramm der SPD: „Neuanfang in der Wissenschaftspolitik: wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kennen die Bedeutung und den Wert von Hochschulausbildung und Forschung, wir werden Wissenschaft und Forschung stärken, um Hamburg zukunftsfähig zu machen.“ Am 3. Mai 2011 hingegen beschließt der SPD-Senat einen Haushaltsentwurf für den Doppelhaushalt 2011/12, welcher noch über die Kürzungsbeschlüsse des Vorgängersensats hinaus geht. Dies nenne ich eine Schwächung und nicht eine Stärkung.

Diese Schwächung wird weitreichende Folgen für die Hamburger Hochschulen haben. Sie hatten ja bereits in der Vergangenheit mangelnde Rahmenbedingungen für ihre Arbeit durch

einen Abbau demokratischer Mitbestimmungsstrukturen und

und Finanzierungsvorgaben der Behörde für Wissenschaft und Forschung.

Die nun geplanten Kürzungen

umfassen darüber hinaus:

- tungskosten von 2,5 Millionen € jährlich durch Einsparungen im Bereich des Technischen-, Bibliotheks- und Verwaltungspersonals,

- sung ans Studierendenwerk um 1,6 Millionen € in diesem Jahr und 2,3 Millionen € im kommenden Jahr und

- sationszahlung, um die bei der Senkung der Studiengebühren von 500 auf 375 € wegfallenden Mittel auszugleichen.

Trotz anders lautender Meldungen aus der Behörde sind **Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen** in ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeit betroffen. Unverzichtbare wissenschaftsunterstützende Dienstleistungen werden wegfallen und kompensiert werden müssen. Hier gibt's auf dem Umweg eine Verwaltungseinsparung im Bereich von Forschung und Lehre. **Professorinnen und Professoren** an eine der Hamburger Hochschulen zu gewinnen, wird sich vor dem Hintergrund nochmaliger Kürzungen zunehmend schwierig gestalten. Diese Gruppe ist zudem vom Sparpaket für Hamburger Beamte betroffen: Streichung des Weihnachtsgeldes, das nur teilweise vom SPD Senat zurückgenommen werden soll.

Wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind ohnehin zunehmend prekär beschäftigt in dem Sinne, dass sie Arbeitsverträge für immer kürze-

re Zeit bekommen. Damit kann man keine verlässliche Personalplanung im Wissenschaftsbereich machen, damit ist bei vorgesehenen Stelleneinsparungen der Mittelbau stark gefährdet.

Massiver noch sind die **Studierenden** betroffen: die Kürzung beim Studierendenwerk wird **direkt** auf die Studierenden übertragen und bedeutet u.a. eine Erhöhung der Mensapreise um 10 % und eine Erhöhung des Semesterbeitrags um 7%. Auch **indirekt** werden sie an den Kosten der Finanzkrise beteiligt.

Einnahmen aus Studiengebühren in ihre Verwaltung, nun sollen mit ihnen auch die anfallenden Zinsen während des Studiums bezahlt werden. Das sind 11%, somit werden nur noch 75% zum Zweck der Verbesserung von Studienbedingungen ausgegeben.

Die Budgetkürzungen widersprechen zudem dem notwendigen Ausbau von Studienplätzen angesichts doppelter Abiturjahrgänge und dem Wegfall von Wehr- und Ersatzdienst.

Wer also Hamburg ernsthaft als Wissensstadt einordnen möchte, muss auch seine Prioritäten so setzen und nicht einen Abbau, sondern einen Ausbau der Wissenschaft betreiben. Da wird jedoch eine Umschichtung im Haushalt der Hansestadt nicht ausreichen, um eine nachfrage- und bedarfsdeckende Finanzierung der Hochschulen zu erreichen. Stattdessen muss die Einnahmeseite der Stadt verbessert werden, damit mehr Geld für

öffentliche Einrichtungen da ist. Die GEW fordert deshalb die Hamburger Bürgerschaft und den Hamburger Senat dringend auf, die Planungen für die Hochschulen neu zu verhandeln. Hier arbeiten und studieren immerhin über 100.000 Menschen, die von den völlig unangemessenen

Sparplänen betroffen sind. Der Stellenwert, der Wissenschaft in Hamburg eingeräumt wird, muss nach Auffassung der GEW dringend verbessert werden. Die Attraktivität der Wissenschaft muss auch durch eine ausreichende Finanzierung gewährleistet werden.

Wer den Hochschulen schadet, schadet der Allgemeinheit. Wer an Hamburger Hochschulen kürzt, trägt die Verantwortung für ein absehbares bildungspolitisches Desaster. Wir raten also dringend zum Kurswechsel.

SIGRID STRAUSS

Kein Humankapital

Neue Studienstrukturen und Öffnung der Uni für Privatisierungen: Nachdenken über die Folgen der Transformation.

Die Hochschulen befinden sich im Wandel. Projekte, die die Kommerzialisierung von Bildung, die Privatisierung der Hochschul- und Studienfinanzierung oder die Umstellung auf eine gestufte Studienstruktur zum Ziel haben, waren vor mehr als zehn Jahren noch in Planung, heute sind sie in großem Umfang umgesetzt. Gleiches gilt für Projekte der Entstaatlichung und Deregulierung. Doch läuft der aktuelle bildungspolitische Paradigmenwechsel so widerspruchsfrei und reibungslos ab, wie es auf den ersten Blick den Anschein hat? Wie steht es um die Legitimität und Akzeptanz der eingeleiteten Maßnahmen?

Welche Nebenfolgen produziert der Transformationsprozess? Welche Brüche? Diesen Fragen gehen unter anderem Studierende und Lehrende im Fachbereich Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg nach – ein (Zwischen-)Ergebnis ihrer Diskussionen liegt nun als Buch vor.

Widerständigkeiten in der unternehmerischen Hochschule

Im Sommer 2009 wurde auf Antrag von Studierenden vom Fakultätsrat Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft an der Universität Hamburg die Ausrichtung einer Konferenz zur kritischen Auswertung des Bachelor-Master-Systems beschlossen. Organisiert von einer Gruppe aus Studierenden, wissenschaftlichen MitarbeiterInnen und ProfessorInnen wurden dabei reguläre Seminare zur Vorbereitung genutzt, die sich thematisch und inhaltlich dem Thema der Konferenz widmeten. Im Juni 2010 wurden dann unter dem Titel *Schöne neue Bildung? Zur kritischen Reflexion der gegenwärtigen Hochschulgestaltung und zur Entwicklung*

emanzipatorischer Alternativen drei Konferenz-Tage veranstaltet, an denen unter den Oberthe-

aktuelle Hochschul- und Studienreform diskutiert wurde. Nun liegt ein gemeinsam von Studierenden und ProfessorInnen herausgegebener Sammelband mit dem Titel *Schöne neue Bildung? Zur Kritik der Universität der Gegenwart* vor, der auf 239 Seiten 14 Vorträge der Konferenz versammelt.

Universität als öffentlicher Raum

Thematisch gegliedert in die vier Themenbereiche „Schöne neue Bildung“, „Kritische Analysen zum Struktur- und Funktionswandel der Universität“,

„Aufgabe der Universität“ und „Bologna-Prozess: Umgangsweisen, Kritik und Perspektiven“ bietet der Sammelband Einblicke in verschiedene Dimensionen der aktuellen Hochschul- und Studienreform und zeigt auf, dass die aktuellen Reformen weder widerspruchsfrei ablaufen noch die gewünschten Effekte hervorbringen. Dabei leistet er einen Beitrag im Rahmen der interdisziplinären Forschungsrichtung der kritischen Hochschul- und Studierendenforschung und

und in der Praxis fundierte Einblicke in die Perspektive der direkt Betroffenen (nicht nur) in



Fotos: Stefan Gierlich

Bildung hinterlässt Spuren

der Erziehungswissenschaft. Als Leitfaden durch die Artikel zieht sich dabei die Frage nach der Öffentlichkeit von Bildung und Wissenschaft, von Forschung, Lehre und Studium.

„Die Universität als Ort der Bildung, der Kritik, des Widerstands, des freien und öffentlichen Denkens, der Demokratie und der gesellschaftlichen Verantwortung steht gegenwärtig grundsätzlich zur Debatte.“ (15)

Nach Bologna ist vor dem Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR)

Neben dem in den europäischen Staaten weitgehend abgeschlossenen Projekt der Implementierung europäisch vergleichbarer Hochschulabschlüsse im sog. Bologna-Prozess wird in der Einleitung auf ein neues Großprojekt auf europäischer Ebene hingewiesen, welches zum Ziel hat, den Bologna-Prozess zu totalisieren: Mit der Einführung eines *Europäischen Qualifikationsrahmens* (EQR), der in *Nationalen Qualifikationsrahmen* (NQR) umzusetzen ist, soll die europaweite Kompatibilität *aller* Bildungsabschlüsse hergestellt werden. Was sich im Bologna-Prozess bewährte – die Modularisierung und Verpunktung wissenschaftlichen Wissens sowie ihre Transformation

in Kompetenzen – soll nun entgrenzt auf lebenslanges Lernen die gesamte Bildungsbiographie durchziehen. Wie dieses Beispiel zeigt, geht es beim aktuellen Umbau der (Hoch-)Schulen nicht nur „um die Reform überkommener Strukturen, sondern um eine grundsätzliche Neukonstruktion“ (10) des Bildungssystems insgesamt...

Bildung neu denken I: Unternehmerische Hochschulen ...

Sinah Mielich, Florian Muhl und Laura Rieger gehen in ihrem Beitrag *Schöne neue Bildung? Unternehmerische vs. demokratische Universität* den Folgen dieses Paradigmenwechsels, dessen bestimmendes Merkmal die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen ist, nach. In der Studie *Bildung neu denken!* des Aktionsrates Bildung, einem Think Tank der Vereinigung der Bayrischen Wirtschaft von 2003, wird die Leitidee dieser schönen neuen Bildung unverblümt ausgesprochen: „Privatinitiative muss verstärkt werden im allgemein bildenden Bereich. Dazu gehört die Erleichterung der Gründung von Privatschulen sowie die Umgestaltung von Hochschulen und Universitäten zu Bildungsunternehmen“. Neben Auswirkungen auf den institutionellen Bereich greifen die neuen Ansprüche dabei auch in die individuelle Sphäre hinein, sie haben Auswirkungen auch auf das (Selbst-)Bild der Studierenden.

Bildung neu denken II: ... brauchen unternehmerische Studierende!

Dieser Paradigmenwechsel, so stellen die AutorInnen fest, hat auch eine Veränderung des Selbstverständnisses der Studierenden zur Folge: Sie sollen

sich nicht mehr als Mitglieder der Uni verstehen, sondern als zahlende KundInnen; nicht mehr als Suchende auf dem Weg zu Erkenntnissen, sondern als sich permanent optimierende *unternehmerische Selbst*“. Als solche wären sie Produkt und Effekt der unternehmerischen Strukturen – eine Entwicklung, die in verschiedenen empirischen Untersuchungen im Rahmen der Studierendenforschung als Mentalitätswechsel und Subjektivierungsprozess analysiert und zunehmend bestätigt wird. Zugespitzt auf die Frage, ob „die Universität ein Wirtschaftsunternehmen“, oder ob sie „eine demokratisch verfasste Institution mit gesellschaftlicher Verantwortung“ sei bzw. sein sollte, fordern die AutorInnen daher die Mitglieder der Universität zum Handeln auf – „indem sie die Belange der Universität diskutieren, dazu öffentlich Stellung beziehen und die Debatte in diesem Sinne auch wieder politisieren“.

Die materielle Basis der schönen neuen Bildung

Ingrid Lohmann stellt in ihrem Beitrag *Zehn Thesen zum Funktionswandel der Universität* den Struktur- und Funktionswandel von Universitäten im historischen Prozess dar und gelangt zu der Feststellung, dass die universitäre Form der Wissensproduktion und -vermittlung in eine historisch neue Phase eingetreten

ein Struktur- und Funktionswandel an den Universitäten statt, der seinen materiellen Ausdruck in den neuen, weltweit vernetzten digitalen Bildungs- und

These veranschaulicht sie über eine Darstellung des vom BMBF geförderten nationalen Wissenschaftsnetzes (WiN) und des auf europäischer Ebene entwickelten



Protestzeltlager in der City.

und multinational vernetzten GÉANT (frz.: Gigant): Gigabit Européenne Academic Network Technology. Diese schöne neue Welt bestehe aus *corporate universities* auf dem *global education market*

tungen zwischen der Welt der Wissenschaft und der *business community* – vermittelt durch die digitale Netzinfrastruktur, die die- risch neuartige Stufe bringt – bilden die materielle Basis der so genannten Wissensgesellschaft. [...] Dies also sind die realen Beziehungen, in denen sich auch gerade die Universitäten heute

die heute maßgeblich das Kräfteverhältnis in Hinblick auf die Frage bestimmen, was eigentlich Zweck der Universität sei“.

Schöne neue Welt? Kämpfe um Aneignung von Wissen

Die Alternative zu den genannten ‚exklusiven‘ Netzwerken sieht Lohmann dabei in der *free software*-Bewegung, wie sie u.a. in Projekten wie Wikipedia sich entwickele. „Im besten Fall ist ihnen gemeinsam, dass sie schon innerhalb von Kommerzialisierung und Warenförmigkeit die alternativen Möglichkeiten einer Kultur des Teilens und Schenkens explorieren“. Hiermit trifft Lohmann den Kern der aktuellen Debatte und gibt auch eine Möglichkeit vor, innerhalb der schönen neuen Bildung Strategien der Widerständigkeit zu verfolgen – warum nicht die Aufklärung 2.0 betreiben?

Jenseits der Exzellenz: Die öffentliche Form der Universität

Jan Masschelein und Maarten Simons thematisieren die Universität als Ort öffentlicher Vorlesung und stellen die These auf, dass die Idee und Aufgabe

der Universität *Jenseits der Exzellenz* (so auch der Titel einer Streitschrift von 2010) liege. Die Besonderheit der Universität – gogischen Form begründet: einer Form, die zugleich Erforschung, Bildung und Weltverfertigung (Mondialisation) umfasst. [...] Es ist eine Form, die Materie in öffentliche Materie (in eine Welt) umwandelt, ein Publikum von Studierenden und Professoren versammelt und zu öffentlichen Figuren macht“.

Folgend skizzieren die Autoren „Bewegungen, die Dimensionen dieser öffentlichen pädagogischen Form zum Ausdruck bringen“. Merkmal dieser Bewegungen sind die sog. Profanierungen, d.h. die Zugänglichkeit zu einer Sache für den öffentlichen Gebrauch. Neben den drei historischen Bewegungen der Profanierung des Buches in den mittelalterlichen Universitäten, der Profanierung der Vernunft in der Aufklärung und der Profanierungen der Kultur und der Zeit als „Echo von 1968“ wird eine aktuelle Entwicklung skizziert, die eine neue, profanierte Form der Produktion und Zirkulation zum Ziel habe. „Diese Profanierung des ‚Kommunizierens‘ inaugu-

- dung einer pädagogischen Form, in der Studierende und ProfessorInnen sich für etwas interessieren und in der das zum Thema wird, was ein denkendes Publi-

in der öffentlichen Vorlesung, die im Anschluss an Foucault als *Heterotopie* gekennzeichnet wird, und verwirkliche sich in einer gemeinsam von Studierenden und Lehrenden getragenen Haltung (Ethos), die etwas in ein gemeinsames und das heißt: in ein Thema des öffentlichen Interesses verwandeln kann.

„Wir sind kein Humankapital!“

Insgesamt zeigt dieser Sammelband, dass jenseits der Glanzfassade der Exzellenz nicht nur sog. unternehmerische Studierende und WissenschaftlerInnen produziert werden, sondern Formen der Auseinandersetzung und öffentlichen Diskussion weiter möglich sind – doch werden die Räume, die jenseits von Konformität Widerständigkeit und statusgruppenübergreifende Aktivitäten zulassen, kleiner. Demgegenüber gelte es, diese Form der Öffentlichkeit wie-

„indem wir uns an die Devise halten: ‚Wir sind kein Humanka-



Exzellente Wissenschaft verkraftet Eintopf – aber keine Magerkur

pital, keine Gemeinschaft der Lernenden, keine Unternehmer, sondern Studierende und Professoren“.

Wir verdanken dem Tagungsband einen Ausdruck dieser Form universitärer Öffentlichkeit.

FREDRIK DEHNERDT,
Fachgruppe Hochschule
und Forschung

Anmerkung: Alle Zitate sind dem o.g. Buch entnommen.